



HEINRICH ZERTIK
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

CDU Wir in Lippe



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Diskussion um Kinderehen ist in aller Munde. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) wollte ursprünglich, dass eine Anerkennung von im Ausland geschlossenen Ehen in besonderen Härtefällen, etwa wenn es in der Ehe bereits ein Kind gibt, nach einer Einzelfallprüfung möglich ist. Seine Parteigenossin, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoğuz, hatte gewarnt, dass ein pauschales Verbot von Ehen von Minderjährigen zwar vielleicht gut gemeint sei, "aber im Einzelfall junge Frauen ins soziale Abseits drängen" könnten. Wir als Union fordern ein generelles Verbot von Kinderehen ohne Wenn und Aber. Damit senden wir das unmissverständliche Signal, dass wir einen besseren Schutz von Minderjährigen wollen und Kinderehen in Deutschland nicht dulden. Ehen, die unter Verstoß gegen das Kindeswohl oder unter Zwang oder jedweder Unterdrückung der Frau zustande gekommen sind, können von der deutschen

Rechtsordnung nicht akzeptiert werden.

Die Rechts- und Familienpolitiker sind dazu bereits in intensiven Gesprächen mit dem Bundesjustizministerium. Wir wollen keine Ausnahmen oder eine Härtefallregelung. Jeder Fall ist einer zu viel. Wir erwarten von Bundesjustizminister Maas, dass er zügig einen Gesetzentwurf vorlegt. Von Seiten der Unionsfraktion wollen wir noch in diesem Jahr zu einer gesetzlichen Regelung kommen.

Ein schönes Wochenende und beste Grüße

Ihr

H. Zertik

Podiumsdiskussion des Netzwerks Aussiedler in der CDU Nordrhein-Westfalen zur Sicherheitslage in unserem Land und über die Desinformationskampagnen der Russischen Föderation in Deutschland

Zu einer spannenden Diskussionsrunde hat der Vorsitzende des Netzwerks Aussiedler in der CDU Nordrhein-Westfalen, Bundestagsabgeordneter Heinrich Zertik zahlreiche Gäste in den Fraktionssaal der CDU im Landtag in Düsseldorf geladen. Zu den hochrangigen Podiumsgästen zählten der Leiter der Abteilung Spionageabwehr, Geheim- und Sabotageschutz des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Burckhard Even, der Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen,



Armin Laschet MdL, der Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen, Bodo Löttgen, der Leiter und Rektor der Bibelschule in Bonn, Dr. Heinrich Derksen, die Vorsitzende des Jugend- und Studentenrings der Deutschen aus Russland, Julia Iwakin sowie der stellv. Vorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in Nordrhein-Westfalen, Dietmar Schulmeister. In seinem Grußwort machte Armin Laschet deutlich, dass die Deutschen aus Russland in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind: „Die Erfolgsgeschichten der Integration, über die man dann auch nichts mehr in den Zeitungen ließt, kann man bei den Russlanddeutschen im großen Umfang begegnen.“ Er stellte klar, dass die CDU die Partei der Aussiedler und Vertriebenen ist: „Wir wollen die Heimat der Aussiedler und Spätaussiedler sein. Die Geschichte der Deutschen aus Russland wachzuhalten ist für uns eine wichtige Aufgabe.“ Dr. Even berichtete, dass es Seitens der Russischen Föderation eine enorme Aktivität durch die Geheimdienste in Deutschland gibt. Seit dem Beginn des Ukraine-Konfliktes sei ein Hochfahren der russischen Propagandaaktivitäten zu verzeichnen. „Es gibt nur einen sehr kleinen Anteil der Russlanddeutschen, die für die russische Propaganda empfänglich sind“, machte Even deutlich. Julia Iwakin stellte hingegen eindeutig klar, dass sich die Russlanddeutschen nicht auf die Propaganda des Kremls einlassen. Dietmar Schulmeister fasste es noch deutlicher zusammen: „Wir sind nicht die fünfte Kolonne Putins.“ Dr. Derksen unterstrich die Aussagen und fügte hinzu, dass je religiöser die Aussiedler sind, desto weniger anfällig sind sie für die politische Propaganda Russlands. Abschließend fasste der Vorsitzende des Netzwerks Aussiedler Heinrich Zertik MdB die Veranstaltung zusammen: „Es ist wichtig, dass man eine Vertrauensbasis mit den Verfassungsorganen der Bundesrepublik Deutschland schafft. Deswegen haben wir eine solche Veranstaltung organisiert.“



HEINRICH ZERTIK
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

CDU Wir in Lippe



Bericht aus dem Innenausschuss

Die Arbeitsgruppe Innen hat in dieser Woche Arne Schönbohm, den Präsidenten des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) begrüßt. Herr Schönbohm informierte über die vielen Aufgaben, die das BSI erledigt. Im BSI arbeiten etwa 600 Mitarbeiter für die Sicherheit im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnik. Sie kümmern sich um Information und Beratung bei allen Fragen der IT-Sicherheit und entwickeln neue Möglichkeiten, die digitale Technik sicherer zu machen. Dabei arbeiten sie vor allem für staatliche Stellen.



Besonders interessant ist das Angebot für Privatpersonen, das „BSI für Bürger“. Das Projekt soll Bürgerinnen und Bürgern beim sicheren Umgang mit der Informationstechnik und dem Internet helfen. Gerade für Privatpersonen steigen die Gefahren in der digitalen Welt weiter an. Viele Programme, enthalten zahlreiche Sicherheitslücken. Über diese Lücken können schädliche Programme auf den Rechner oder das Smartphone gelangen. Rund 380.000 neue Varianten dieser Schadprogramme werden täglich entdeckt. Allein für das Betriebssystem Android, das auf vielen Smartphones und Tablets läuft, gibt es bereits mehrere Millionen verschiedener Viren und anderer Schadsoftware. Um sich gegen diese neuen Gefahren zu schützen, gibt es auf der Seite www.bsi-fuer-buerger.de Informationen und Empfehlungen. Außerdem kann man sich per E-Mail (mail@bsi-fuer-buerger.de) oder Telefon (0800-2741000) an das BSI wenden. Dann helfen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei allen Fragen und Problemen.



Die Woche im Plenum

Sechster Bericht "Bildung in Deutschland 2016. Erfolge im Bildungssektor sind Schlüssel sowohl für sozialen Aufstieg, für gelingende Integration aber auch für den Wettbewerbsstandort Deutschland. Der Bericht weist nach, dass sich Deutschland gute Bildung etwas kosten lässt – die Ausgaben für Bildung liegen konstant bei jeweils 9,1 % unseres BIP – von 257,4 Mrd. Euro im Jahr 2013 auf voraussichtlich 265,5 Mrd. Euro im Jahr 2014. Dazu passt die deutliche Verbesserung des Bildungsstandes – im Jahr 2014 erlangten bereits 41 % der Schulabgänger die allgemeine Hochschulreife, verglichen mit 29,6 % im Jahr 2006.

Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Mit dem Gesetz, das wir in erster Lesung beraten, werden die Leistungsansprüche und Leistungsausschlüsse insbesondere für Unionsbürger in Deutschland gesetzlich klarer festgeschrieben. Damit stellen wir klar: Wer nicht in Deutschland arbeitet oder einen Leistungsanspruch auf Grund vorheriger Arbeit erworben hat, dem stehen innerhalb der ersten fünf Jahre keine dauerhaften Leistungen zu.

Fluchtursachen bekämpfen – Aufnahmestaaten um Syrien sowie Libyen entwicklungspolitisch stärken. Wir beraten Empfehlung und Bericht des Ausschusses zum Antrag, den wir eingebracht haben und der die gravierenden Auswirkungen des Bürgerkriegs in Syrien behandelt. Der Antrag stellt das weitreichende Engagement Deutschlands für die Staaten dar, die die Masse der Flüchtlinge aufgenommen haben und vor großen Herausforderungen stehen. Dabei handelt es sich insbesondere um die Türkei, Jordanien, den Libanon sowie den Nordirak und zunehmend auch Libyen.

Deutsche Unternehmen stellen unvermindert ein. Die Beschäftigung in der deutschen Wirtschaft entwickelt sich weiterhin positiv. Nach dem ifo-Instituts stieg das Beschäftigungsbarometer im Oktober auf 110,7 Punkte nach 110,2 im Vormonat. Dies ist der zweithöchste jemals gemessene Wert. Wie die Statistiker ermittelten, sind nahezu alle Branchen unverändert auf Mitarbeiter-suche. Aufgrund der sehr guten Auftragslage sucht das Bauhauptgewerbe immer mehr Arbeitskräfte, ebenso der Dienstleistungsbereich sucht nach qualifiziertem Personal.

Vereinigte Staaten 2015 wichtigster Handelspartner Deutschlands. Im Jahr 2015 waren die Vereinigten Staaten Deutschlands wichtigster Handelspartner weltweit: Zwischen beiden Ländern wurden Waren im Wert von 174 Mrd. Euro gehandelt. Das deutsche Exportvolumen umfasste Waren im Wert von 113,7 Mrd. Euro. Zu den wichtigsten exportierten Gütern zählten neben Kraftwagen und Kraftwagenteile (34 Mrd. Euro), Maschinen (17 Mrd. Euro) und pharmazeutische Erzeugnisse (13 Mrd. Euro). Die Importe amerikanischer Güter beliefen sich im Gegenzug auf 60 Mrd. Euro und umfassten vor allem Datenverarbeitungsgeräte sowie elektronische und optische Erzeugnisse.